

Mehr Geld für Kinderbetreuung

Kita-Ausbau Die Regierung will künftig mehr Geld für die ausserhäusliche Kinderbetreuung in die Hand nehmen. Als Finanzierungsquelle sollen die Gelder aus der Familienausgleichskasse dienen. Die Umsetzung ist für Anfang 2016 geplant.

VON SILVIA BÖHLER

Wie das «Volksblatt» berichtete, warten in Liechtenstein rund 200 Kinder auf einen Kita-Platz. Seit einem Jahr befasste sich deshalb eine Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen zur Finanzierung von weiteren Kita-Plätzen. Nun scheint eine Lösung parat. Künftig sollen auch Gelder der Familienausgleichskasse für die Kita-Finanzierung dienen.

Zur Vorgeschichte: Im Jahr 2009 wurde von der damaligen Regierung aufgrund der drastisch steigenden Kosten ein Ausbau- und Finanzierungsstopp der Kita-Plätze verordnet. Regierungsrat Mauro Pedrazzini

hat den Ausbaustopp wieder aufgehoben und im Dezember 2013 eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Ministeriums für Gesellschaft eingesetzt, welche sich mit der Neuregelung einer effizienten und gerechten Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung befassen sollte.

Ziel war es, Land, Gemeinden, Wirtschaft und Eltern jeweils angemessen an der Finanzierung der Kinderbetreuung zu beteiligen. Die Arbeitsgruppe schlägt vor, zusätzliche Mittel aus der Familienausgleichskasse (FAK) zu verwenden. «Da die FAK ausschliesslich von den Arbeitgebern gespeist wird, kann damit ohne Erhöhung der Lohnnebenkosten ein wesentlicher Beitrag der Wirtschaft

zur Kinderbetreuung realisiert werden», heisst es in der Aussendung des Ministeriums.

Wie Pedrazzini auf «Volksblatt»-Anfrage erklärte, schätzt die Arbeitsgruppe aktuell einen zusätzlichen Bedarf von 30 Betreuungsplätzen. Bei den heute gültigen Subventionen von 15 000 Franken pro Kita-Platz und Jahr wäre demnach von Mehrkosten in Höhe von rund 450 000 Franken auszugehen, welche dann die FAK zu tragen hätte.

Dem aber nicht genug: Es soll auch die Verteilung der staatlichen Beiträge neu gestaltet werden. Die Betreuungseinrichtungen sollen künftig finanzielle Unterstützung für die tatsächlich geleistete Betreuung der

Kinder und nicht, wie bisher, pro genehmigtem Betreuungsplatz erhalten. So sollen die Mittel dorthin fliessen, wo sie effektiv verwendet werden.

Umsetzung 2016 geplant

Das Ministerium für Gesellschaft wird nun einen Vernehmlassungsbericht für die Anpassung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen erarbeiten. Minister Mauro Pedrazzini sagte gegenüber dem «Volksblatt»: «Ich strebe ein Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen auf Anfang des nächsten Jahres an und hoffe auf die Unterstützung des Landtags für diesen sportlichen Zeitplan.»

Interview Seite 9